



Ernennungen - ASIEN/INDONESIEN - Berater des Präsidenten fordert „mehr Einsatz für die Bekämpfung von religiöser Intoleranz“

Jakarta (Fidesdienst) – Der Berater des indonesischen Präsidenten für Menschenrechte, Albert Hasibuan, fordert entschlosseneres Einwirken auf die Behörden und die regionalen und lokalen Verantwortlichen bei der Bekämpfung „von Diskriminierung und Verfolgung religiöser Minderheiten“. Die Verleihung des Preises für religiöse Toleranz der US-amerikanischen Stiftung „Appeal of Conscience Foundation“ an den indonesischen Präsidenten Yudhoyono hatte im Land eine Debatte ausgelöst. Unter anderen äußerte sich auch der Jesuitenpater Franz Mangnis-Suseno, Experte für interreligiösen Dialog in Indonesien, der in einem Schreiben an die Stiftung an die Mitverantwortlichkeit des Staatsoberhauptes für das Entstehen eines Klimas der Intoleranz hinwies (vgl. Fidesdienst vom 23/05/2013).

Wie Beobachter dem Fidesdienst mitteilen soll der Berater des Präsidenten in einem jüngsten Bericht auf die wachsende Zahl der Fälle von Intoleranz hingewiesen und beklagt, dass sich Sicherheitskräfte und Vertreter der Regionalbehörden nicht in ausreichendem Maß um Aufklärung bemüht haben. Nach Ansicht von Hasibuan „wurden Anweisungen des Präsidenten nicht befolgt. Der Präsident sollte sich entschlossener durchsetzen, ansonsten werden diese Fälle sich wiederholen und dies ist gefährlich für unser Land“.

Der Bericht dokumentiert die Vertreibung von Schiiten aus Sampang, die Schließung einer Kirche und Einschüchterungen gegen die christliche Gemeinde Bekasi in Jakarta, die Schließung der Yasmin Church durch die Kommunalverwaltung in Bogor, Übergriffe auf ein Dorf der Ahmadi in Taskimalaya (Westjava). (PA Fidesdienst, 29/05/2013)